

Harald Wolf

„Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik“

Mit dem Thema „Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik“ kommen wir von der globalen auf die lokale und regionale Ebene, und das am Beispiel Berlin.

Die lokalen und regionalen Handlungsspielräume sind begrenzt von nationalstaatlichen und EU-weiten Rahmenbedingungen. Auf der EU-Ebene sind es vor allem das Wettbewerbsrecht, die Vergabe-Richtlinie, die Beihilfe-Richtlinie und die Förderpolitik, die wirtschaftspolitisches Handeln auf der lokalen und regionalen Ebene beachten muss. Wenn die derzeit zum Glück umstrittene und vorerst zur Überarbeitung zurückgezogene Dienstleistungs-Richtlinie kommt, wird auch sie die lokale und regionale Wirtschaftspolitik stark beeinflussen. Die öffentliche Förderung von Unternehmen z.B. zur Arbeitsplatzzerhaltung unterliegt strengen Regeln der EU; mit den EU-Dienstleistungs-Richtlinien (Beispiel „Bolkestein-Richtlinie“) beginnt ein EU-weiter Umbau der öffentlichen Unternehmen und damit der Art und Weise, wie eine für alle Mitglieder der Gesellschaft verfügbare öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet werden kann.

Auf der nationalstaatlichen Ebene ist es vor allem die Steuerpolitik, die enge Grenzen setzt: die Bundesländer haben kaum Möglichkeiten, über eigene Gesetzgebung und Maßnahmen die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Über die Steuerpolitik wird ganz überwiegend auf Bundesebene entschieden.

Wirtschaftliche Ausgangssituation Berlins nach der deutschen Vereinigung

Mit der deutschen Vereinigung wurden in Berlin zwei hochsubventionierte Städte und Wirtschaftsräume zusammengefügt.

In Westberlin sind spätestens nach dem Bau der Mauer 1961 die headquarters großer Industrieunternehmen wie Siemens abgewandert. Übrig blieben verlängerte Werkbänke, die mit öffentlichen Mitteln stark subventioniert wurden. Der öffentliche

Dienst, damals wichtigster Arbeitgeber, ist als Beschäftigungsmaßnahme künstlich aufgebläht worden. Das ging nur mit der Hilfe von Bundesmitteln. Außerdem flossen hohe Summen öffentlicher Gelder in den Wohnungsbau, der eine zentrale Säule der westberliner Wirtschaft darstellte.

Auch Ostberlin ist als Hauptstadt der DDR hoch subventioniert worden.

Nach der Vereinigung ist das ganze Subventionssystem zusammengebrochen: Die Berlin-Subventionen sind von Anfang bis Mitte der 90er Jahre massiv runter gefahren worden. Im Westteil der Stadt führte das dazu, dass die industrielle Produktion noch mal stark zurück ging. In Ostberlin haben die Industrieunternehmen mit der Währungsunion und der damit verbundenen Aufwertung der Mark ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Dazu kam, dass die Treuhandanstalt eine Strategie fuhr, die DDR-Unternehmen gezielt zugunsten westdeutscher Betriebe zu verdrängen. Das Resultat war eine weitgehende Deindustrialisierung Ostberlins. Berlin hat in den 90er Jahren etwa 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze verloren. Das Bruttoinlandsprodukt und die Zahl der Erwerbstätigen ist seit Mitte der 90er kontinuierlich abgesunken. Heute ist fast jeder fünfte arbeitslos.

Die Große Koalition setzte nach der Vereinigung auf rasches Wachstum und einen schnellen Wandel Berlins zur Dienstleistungs-Metropole mit mehr als fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und spekulierte dabei vor allem auf exogene Faktoren.

Das hat vor allem die Entwicklung von spekulativem Immobilienkapital angeheizt, begünstigt von günstigen Abschreibungsbedingungen der Bundesregierung für den Aufbau Ost.

Die hohen Erwartungen und der gleichzeitige Abbau von Subventionen für Berlin passten nicht zusammen.

Die Folgen sind bekannt:

Das Land Berlin hat sich in den 90er Jahren exponentiell wachsend verschuldet. Berlin hat jetzt rund 60 Mrd. Euro Schulden bei einem Haushaltsvolumen von rund 20 Mrd. Euro.

Die Orientierung und Forcierung der spekulativen Entwicklung über Immobilienkapital findet seinen sicht- und fassbaren Ausdruck in der Berliner Bankgesellschaft. Sie ist in den 90er Jahren aus dem Zusammenschluss mehrerer landeseigener Banken hervorgegangen.

Die Bankgesellschaft Berlin verlegte sich vor allem auf das Geschäft mit Immobilienfonds. Da diese mit hohen Garantien für die Anleger versehen waren, sammelte sie vor allem spekulatives Kapital.

Mit dem Zusammenbruch dieser Spekulationsblase kam es 2001 zur größten Bankenkrise in der Geschichte der Bundesrepublik.

Eine der Folgen war die Abwahl der Großen Koalition, Neuwahlen und die erste Bildung eines rot-roten Senats in Berlin.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, eine neue Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln und das heißt vor allem auch: Abschied von der Subventionswirtschaft.

Ende für die Wohnungsbauanschluss-Förderung

Eine der zwar öffentlich umstrittensten, aber wirksamsten Maßnahmen war, dass wir 2003 einen spezifischen Kanal der Subvention der Immobilienwirtschaft geschlossen haben, durch den Milliarden-Beträge an öffentlichen Mitteln in Immobilienfonds geflossen sind.

Unter dem Label des sozialen Wohnungsbaus hat das Land Berlin jahrzehnte lang Immobilienunternehmen, Investoren und Spekulanten hoch subventioniert, indem das Land auf die Mietzahlungen der Mieterinnen und Mieter noch einmal monatlich acht bis 15 EURO pro Quadratmeter drauf lege. Die Nutznießer diese Systems sind also nicht etwa die Mieterinnen und Mieter, sondern diverse Akteure des Berliner Baufilzes und Fondszeichnerinnen und -zeichner, die in den vergangenen Jahren

damit Spitzenrenditen und Steuerabschreibungen realisieren konnten. Aus diesem System ist Berlin auf Betreiben der PDS und Teilen der SPD ausgestiegen.

Reduzierung der Ausgaben, Haushaltskonsolidierung, Einschnitte in den traditionellen wirtschaftspolitischen Filz, Neugestaltung staatlicher Tätigkeit bei einer deutlich veränderten Lage am Wohnungsmarkt und sozialer Ausgleich für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen haben wir miteinander verbunden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltsentlastung geleistet.

Mittlerweile haben wir auch bei der Sanierung der Berliner Bankgesellschaft erste Fortschritte erzielt.

Mittelstandsförderung

Dazu gehört, dass wir die IBB, die Investitionsbank Berlin, nach der Verständigung der EU-Kommission mit der Bundesrepublik aus der Berliner Bankgesellschaft herausgelöst haben. Das hatte zum Ziel, eine echte Förderbank zu bilden, die gezielt kleine und mittlere Unternehmen unterstützt. Diese sind nämlich prägend für die Berliner Wirtschaft. Doch leiden sie häufig unter Kapitalmangel und werden von den Geschäftsbanken nicht ausreichend finanziert, weil sie ihre Gewinnmargen in diesem Sektor für zu gering halten. In diese Lücke wird die IBB einspringen.

Dafür haben wir die IBB mit wirksamen Instrumenten ausgestattet. Dazu zählen u.a.:

- der venture capital Fonds. Ziel des VC Fonds Berlin ist die Beteiligung an jungen Berliner Technologieunternehmen mit Wachstumspotenzial, die in den Schwerpunkt- und Schlüsseltechnologiefeldern Berlins tätig sind
- die Liquiditäts- und Konsolidierungsfonds für KMU
- Mikrokredite

Zur Zeit denken wir darüber nach, einen Betriebsrätefonds einzurichten, der es Betriebsräten ermöglicht, ihr Unternehmen unabhängig von der Unternehmensführung untersuchen zu lassen, um sowohl drohende wirtschaftliche Probleme als auch Entwicklungspotentiale frühzeitig zu erkennen.

Angesichts der historisch bedingten Strukturschwäche der Berliner Wirtschaft, vor allem der Industrie, müssen wir uns an den Sektoren orientieren, die eng mit Wissenschaft und Forschung zusammenhängen. Dazu gehört, wissensbasierte Industrien gezielt zu fördern, um aus dem hohen Wissenschaftspotential Berlins Nutzen zu ziehen für neue Produktionen und Beschäftigung.

Ausbau der Gesundheitswirtschaft

Bei dem Versuch, auf diesen Feldern Wachstum und Beschäftigung zu generieren, ist z.B. die Gesundheitswirtschaft ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Leitprinzip dabei ist, eine gute und sozial gerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten zu organisieren.

Wir haben mit Vivantes mit 5000 Krankenhausbetten, 1800 Pflegeplätzen und 12.000 Beschäftigten das größte Krankenhausunternehmen Deutschlands. Das Uniklinikum Charité mit 3500 Betten und 15.000 Beschäftigten erbringt weltweit anerkannte Spitzenleistungen in Forschung und Lehre. Diese beiden Unternehmen gilt es zu profilieren und weiter zu entwickeln. Die Charité hat das Potenzial zur umfassenden Systemkompetenz für die Gesundheitswirtschaft der Region. Eine komplementäre Entwicklung beider Unternehmen im Sinne einer Konzernstrategie gewährleistet optimalen Nutzen für Berlin. Besonders zukunftssträchtig ist die disziplin- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit, zum Beispiel die Zusammenführung von Biotechnologie und Informatik zur Bioinformatik, die Zusammenführung von Medizin, Telekommunikation und Informatik zur Telemedizin, die Nutzung betriebswirtschaftlicher Kompetenzen für Gesundheitsmanagement und Prozessoptimierungen und die produktive Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung, zum Beispiel durch entsprechende Technologie-Parks. Damit haben wir gute Voraussetzungen, ein attraktiver Gesundheitsstandort zu werden. Denn die Nachfrage nach Gesundheitsversorgung und Wellnessleistungen im weitesten Sinne nehmen zu, auch deshalb weil die Gesellschaft älter wird.

Entwicklung der Region

Ein weiteres wichtiges Thema ist für die Berliner Wirtschaftspolitik die Wiedereindeckung der Region. Berlin war auf Grund der historischen Entwicklung,

aufgrund der europäischen Teilung von der Region isoliert. Diese Teilung hat früher existente und funktionierende Wirtschaftsräume und Wirtschaftsachsen zerschnitten. Sie sind bedeutungslos geworden. Jetzt versuchen wir darauf zu orientieren, wirtschaftliche Verflechtungsstrukturen mit der Region Berlin-Brandenburg zu entwickeln.

Dabei bleiben wir nicht stehen. Begünstigt durch die EU-Ost-Erweiterung begreifen wir die Region östlich der Oder als einen Wirtschaftsraum und wollen grenzübergreifende Kooperationen entwickeln.

Leistungsfähige öffentliche Unternehmen

Wir haben in Berlin traditionell eine große Anzahl öffentlicher Unternehmen. Diese Unternehmen sind auch von ihren Strukturen und von ihrer Effizienz her noch immer von Subventionswirtschaft geprägt. Unsere Zielsetzung ist, diese Unternehmen leistungsfähig und effizient zu machen, damit sie auch unter den Bedingungen europäischer Wettbewerbsliberalisierung existenzfähig sind und sich gegen private Unternehmen behaupten können. Deshalb arbeiten wir auch daran, dass diese öffentlichen Unternehmen transparent sind in ihren Kostenstrukturen und ihren Leistungen. Dazu gehört im öffentlichen Interesse eine effektive und auch für das Parlament nachvollziehbare Beteiligungskontrolle.

Streitpunkt Tarifvertrag

Dann hatten wir eine Diskussion über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Wir waren und sind in der Situation, die Personalkosten im Öffentlichen Dienst reduzieren zu müssen. Wir haben deshalb den Vorschlag gemacht, solidarisch umzuverteilen. Das bedeutet, wir sind beim Flächentarifvertrag geblieben und haben sozial gestaffelt nach den Tarifklassen Bestandteile von Einkommen und Arbeitszeit miteinander getauscht. Das ist eine völlig andere Strategie als die jetzt in der Bundesrepublik dominierende. Denn zur Zeit verlangen die meisten Arbeitgeber, private wie öffentliche, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden.

Die aus keynesianischer Sicht formulierte Kritik, die mit dem Berliner Tarifvertrag verbundenen Einnahmeverluste der Beschäftigten seien keine Maßnahme zur Nachfragestärkung, ist berechtigt. Aber auch keynesianische Ausgabenpolitik muss

sich an den Ressourcen, die der Staat hat, orientieren. Und im übrigen ist keynesianische Politik nicht einfach isoliert in einer Stadt, quasi als gallisches Dorf möglich, weil die Nachfrageeffekte, die man auslöst, zum großen Teil außerhalb der Region wirksam werden. Im gesamten europäischen Umfeld dominiert angebotsorientierte und nicht nachfrageorientierte Politik. Würden wir isoliert einen eigenen Weg gehen, würde das dazu führen, dass die Effekte letztendlich verpuffen und man immer schneller in die Verschuldung kommt, ohne eine Perspektive aufzeigen zu können, diese Verschuldung abzutragen. Keynesianische Politik ist sinnvoll in einer konzeptierten Aktion und konzertierten Strategie, bei der sich alle staatlichen Ebenen auf eine nachfrageorientierte Politik verständigen. Sinnvoller Weise muss das auch auf europäischer Ebene stattfinden, um nachhaltige Effekte erzielen zu können.

Nichts desto trotz haben wir z. B. klar auch beschlossen, dass wir die öffentlichen Investitionen steigern wollen, wenn auch auf niedrigem Niveau, weil das auch Aufträge für die regionale Wirtschaft bedeutet. Das wirkt beschäftigungs- und nachfragefördernd.

Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

In der Arbeitsmarktpolitik sind wir gezwungen, das Hartz IV-Gesetz, das wir als PDS immer abgelehnt haben, umzusetzen. Dabei nutzen wir die wenigen Spielräume, die wir haben, zugunsten der Betroffenen aus. So werden wir beispielsweise bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, den sogenannten Ein-Euro-Jobs, mit Landesmitteln finanzierte zusätzliche Qualifizierungsmodule anbieten. Damit wollen wir erreichen, dass zumindest ein Teil der Betroffenen nicht einfach beschäftigt, sondern so weit qualifiziert werden, dass sie Chancen im ersten Arbeitsmarkt bekommen.

Aber wir bleiben nicht bei der Umsetzung von Hartz IV stehen, wir müssen darüber hinaus gehen, um mehr Beschäftigung zu schaffen.

Wir wissen, dass über 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Berlin keine berufsqualifizierenden Abschlüsse haben. Zu ihrer Unterstützung lassen wir deshalb ein landesfinanziertes Programm weiter laufen.

Grundsätzlich haben wir in der Bundesrepublik das Problem, dass der Bereich einfacher Geschäfts- und Dienstleistungen, einfacher Handwerksleistungen auf dem regulären Arbeitsmarkt für die Beschäftigten wenig attraktiv ist. Deshalb findet viel zu viel Aktivität im informellen Sektor und in der Schwarzarbeit statt – zu Niedrigstlöhnen, ohne soziale Absicherung und zu Lasten regulärer Beschäftigungsverhältnisse.

Wenn wir Schwarzarbeit effektiv bekämpfen wollen und den betroffenen Menschen eine sozial einigermaßen abgesicherte Perspektive regulärer Beschäftigung bieten wollen, müssen gerade gering Qualifizierte netto mehr rausbekommen.

Dazu schlage ich vor, diese regulären Jobs attraktiver zu machen, indem man die Sozialabgaben aus Steuermitteln finanziert. Stellen wir einmal eine Modellrechnung an: Ein ungelernter Arbeiter verdient rund 1000 Euro brutto - das sind etwa 800 Euro netto. Dieser Mini-Verdienst kostet das Unternehmen einschließlich der Sozialbeiträge aber insgesamt rund 1200 Euro. Wenn wir einfache Tätigkeiten von den Sozialbeiträgen freistellen und stattdessen aus Steuermitteln bezahlen, würde die Tätigkeit für 1000 Euro von 400 Euro Sozialbeiträgen entlastet. Damit wäre Spielraum gegeben - zur Erhöhung des Nettoeinkommens für die Beschäftigten und zur Senkung der Arbeitskosten für die Unternehmen. Damit wird reguläre Beschäftigung auch für Unternehmen attraktiv gegenüber Schwarzarbeit. Derlei Modelle gibt es in skandinavischen Ländern schon - mit Erfolg. Wir müssen nun auch in der Bundesrepublik solch einen radikalen Schritt wagen. Das erhöht den Grad regulärer sozialversicherter Beschäftigung, das erhöht die Nachfrage. Dazu müssen wir klären, welche Ansprüche die auf diese Weise Beschäftigten an die Sozialversicherungssysteme geltend machen können – ob ihnen individuelle Ansprüche erwachsen nach der Summe, die der Staat für sie in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt hat, ob hier das von der PDS vorgeschlagene Grundsicherungskonzept greift oder ob es andere Möglichkeiten gibt.

Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen

Lange Zeit stand die PDS alleine auf weiter Flur, wenn sie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor forderte. Dabei gibt es in diesem Land schon lange öffentlich geförderte Beschäftigung in Form von ABM, SAM, jetzt die

sogenannten Ein-Euro-Jobs. Sie sollten von der Idee her immer den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zurück öffnen. Tatsächlich ist das nur wenigen gelungen. Dabei gibt es einen immens großen Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Bereich der Kinder- und Altenarbeit, in der Kultur- und Gemeinwesenarbeit, im Umweltbereich oder in der Sozialarbeit. Die wird aber nicht angeboten, weil es keine ausreichend kaufkräftige Nachfrage gibt, weil sich kein Profit erwirtschaften lässt. Wir finanzieren hierzulande Arbeitslosigkeit statt gesellschaftlich notwendiger Arbeit über öffentlich geförderte Beschäftigung.

Diese absurde Situation muss umgedreht werden.

Ein erster Schritt dazu wäre zum Beispiel, die Mittel, die den einzelnen Langzeitarbeitslosen über Arbeitslosengeld II, Kosten für Wohnen, Zusatzjobs zustehen, zu kapitalisieren und damit reguläre sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse entsprechend dem obigen Vorschlag zu schaffen. Das kostet die öffentliche Hand nicht mehr, aber es schafft für die Betroffenen gesellschaftlich und damit auch individuell sinnvolle Arbeit, erhöht die eigene Wertschätzung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Miteinander, das derzeit so stark erodiert.